

Evangelische Kirche von Westfalen

PresseInfo



Pressestelle des Landeskirchenamtes,
Telefon: 0521/594-254, Fax: 0521/594-333, eMail:
presse@lka.ekvw.de
Internet: www.evangelisch-in-westfalen.de

Dr. h.c. Alfred Buß, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen
Sprechttext zur Pressekonferenz zum Kampagnenauftritt:
„Kurswechsel jetzt – für ein Klimaschutzgesetz in NRW!“
Düsseldorf, 15. April 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Heute rufen wir auf zur Unterschriftenkampagne „Kurswechsel jetzt – für ein Klimaschutzgesetz in NRW!“

Diese Kampagne wurde initiiert von der Klima-Allianz. Sie wird von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen. Dazu gehören u. a. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie der BUND, die Deutsche Umwelthilfe, der NABU, der Evangelische Entwicklungsdienst, Brot für die Welt, Misereor und Oxfam sowie die Lippische und Westfälische Landeskirche.

Worum geht es konkret?

Das von uns vorgeschlagene Klimaschutzgesetz NRW soll verlässliche Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in NRW schaffen. Es soll sicherstellen, dass die Treibhausgasemissionen in NRW bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Das Klimaschutzgesetz soll bewirken, dass dieses Ziel konsequent und kontinuierlich von allen politischen Ebenen verfolgt wird: angefangen von der Landesregierung bis hin zu den Kommunen. Innerhalb klarer Rahmenbedingungen sollen alle – aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – ihren Beitrag leisten, damit das Energiesystem in NRW effizienter gestaltet und binnen vier Jahrzehnten praktisch vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann.

Zentrales Element ist dabei ein Klimaschutzplan NRW, der konkrete Ziele und Maßnahmen für den Aufbau einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft in NRW enthält. Dieser Klimaschutzplan NRW muss regelmäßig auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

Warum engagieren sich Kirchen und kirchliche Einrichtungen für ein Klimaschutzgesetz NRW?

Die Ressourcen- und Klimakrise ist eine strukturelle Ungerechtigkeit. Sie ist nichts anderes als ein gigantischer Angriff auf Menschenrechte, Menschenwürde und eine gerechte Weltgemeinschaft. Nicht irgendwann in ferner Zukunft – heute schon tötet der Klimawandel Menschen. Er löst Flüchtlingsbewegungen aus. Nachfolgenden Generationen hinterlassen wir eine zerstörte Natur. Das Elend, das die ökologische Krise bereits jetzt verursacht, ist nicht nur Folge einer ungezügelter Ausbeutung der Natur. Es ist auch eine Folge der Herrschaft von Menschen über Menschen, von Starken über Schwachen. Die wirtschaftlich und politisch Starken haben überall auf der Welt Zugriff auf die Ressourcen und benutzen die Atmosphäre als „Deponie“. Dieses Handeln der Starken nimmt besonders vielen Ländern des Südens jede Möglichkeit eigenständiger, menschenwürdiger Entwicklung. Zudem sind es die Länder, die bereits heute unter den Folgen des Klimawandels leiden – das heißt: unter den Folgen des fossilen „Energieüberkonsums“ der Industriestaaten.

Es geht daher beim Klimaschutz um weit mehr als um ökologische Problemlösungen. Es geht um zukunftsfähige Versorgungssicherheit, es geht um den gerechten Zugang zu

klimaverträglichen Energiequellen. Klimaschutz ist die Voraussetzung für faire Entwicklungschancen für die Menschen des Südens und nachfolgende Generationen. Aus diesen Gründen muss einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik höchste Priorität eingeräumt werden – und das nicht irgendwann und irgendwo, sondern jetzt. Und auch bei uns.

Nordrhein-Westfalen ist das „Energiland“ unter den deutschen Bundesländern. Fast 30 Prozent der in Deutschland benötigten Gesamtenergie werden in NRW verbraucht. Rund ein Drittel der deutschen Stromerzeugung erfolgt in NRW. Mehr als ein Drittel der Treibhausgasemissionen der Bundesrepublik entsteht im Land zwischen Rhein und Weser. Hauptverursacher dafür sind vor allem Kohlekraftwerke, die jedes Jahr allein mehr als 170 Millionen Tonnen des Klimagases Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen. Das „Energiland NRW“ ist daher der Schlüssel zum deutschen Klimaschutz.

Gelingt hier die Umsetzung eines wirkungsvollen Klimaschutzprogramms – und welche Alternative hätten wir? –, dann hat dies Vorbild- und Sogwirkung für den Klimaschutz in ganz Deutschland und Europa.

Wir sehen, dass die Klimapolitik des Landes NRW zwar ein recht ambitioniertes Reduktionsziel verfolgt. Aber: Dieses Ziel soll mit einer „Neubauoffensive“ von zehn Braun- und Steinkohlekraftwerken erreicht werden. Es ist wirklich bedrückend, dass das Klimakonzept der Landesregierung nur beim Neubau fossiler Kraftwerke konkret wird. Wichtige und unverzichtbare Klimaschutzmaßnahmen wie Altbausanierungen, der Aufbau einer umweltgerechten Infrastruktur, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der erneuerbaren Energien in NRW werden entweder nur am Rande behandelt oder es gibt keine Finanzierungsstrategie für sie, so dass ihre Umsetzung mehr als fraglich ist. Natürlich ist es richtig, dass der Wirkungsgrad von Kraftwerksneubauten im Durchschnitt um zehn bis 15 Prozent höher liegt als der von alten Anlagen. Aber durch neue Kohlekraftwerke, die ja 50 Jahre und länger am Netz bleiben werden, um sich zu rechnen, wird ein so hoher CO₂-Ausstoß zementiert, so dass die notwendige Reduktion der CO₂-Emissionen in Deutschland um mindestens 80, möglichst 95 Prozent bis 2050 nicht zu erreichen ist. Klar ist auch, dass mit der expansiven Neubaustrategie von Kohlekraftwerken Fakten geschaffen werden, die einen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien verhindern werden. Fossile Großkraftwerke und die dezentrale Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energieträgern stehen in direkter Konkurrenz.

Noch besteht die Möglichkeit, andere energiepolitische Weichen zu stellen und Klimaschutz zu ermöglichen, in dem statt mit zentralen Großkraftwerken die Energieversorgung durch bedeutend wirkungsvollere dezentrale Kraftwerke, erneuerbare Energien und effizienteren und sparsameren Umgang mit Energie sichergestellt wird.

Die notwendigen Ersatzinvestitionen für altersbedingt abgängige Kohlekraftwerke bieten eine große Chance für den Systemwechsel von „fossil“ auf „erneuerbar“, von „zentral“ auf „dezentral“ und „hocheffizient“ (z.B. KWK). Diese Chance darf nicht vertan werden.

Daher setzen wir uns als Evangelische Kirche von Westfalen zusammen mit der Klimaallianz für ein Klimaschutzgesetz NRW ein. Mit einem Klimaschutzgesetz NRW werden verlässliche Rahmenbedingungen für einen Klima schonenden Energiemix NRW gesetzt und energiewirtschaftliche Investitionen in die richtige Richtung gelenkt.

Die Zeit ist reif für ein Klimaschutzgesetz NRW. Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Ein Klimaschutzgesetz NRW schafft diese verlässlichen Rahmenbedingungen für alle Akteure. Der – alternativlose – Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und aus der Atomkraft-Technologie kann dadurch geordnet erfolgen. Angesichts der vorhanden technischen Kompetenz bietet der energiewirtschaftliche Strukturwandel gute Perspektiven für unser Land. Er schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Wer jetzt auf Klimaschutz setzt, hat auch bei Arbeitsplätzen die Nase vorn.

Kontakt: Pfarrer Klaus Breyer
Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen
Tel.: 02304/755-300
mobil: 0175/2413100
E-Mail: k.breyer@kircheundgesellschaft.de Internet: www.kircheundgesellschaft.de